

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
I. Konzerninterne Transaktionen in der wirtschaftlichen Realität	19
II. Gegenstand und Gang der Untersuchung	22
A. Konzerninterne Transaktionen als Problem der Rechnungslegung	25
I. Betroffene Interessen	25
1. Allgemeines	25
2. Vermögensinteressen der Gesellschafter	26
3. Vermögensinteressen der Gläubiger	26
4. Informationsinteressen und Unternehmenspublizität	27
II. Gesellschaftsrechtliche Bedingungen der konzerninternen Transaktionen	28
1. Ausgangspunkt: Kapitalschutz durch Kapitalerhaltung	28
2. Geschäfte mit Gesellschaftern, causa societatis und Kapitalschutz	30
3. Grenzen der Kapitalerhaltung	35
a) Das „Freivermögen“ der Kapitalgesellschaften	35
b) Wertungen des Konzernrechts	37
III. Konzerninterne Transaktionen und Bilanzrecht	41
1. Konzerninterne Transaktionen als bilanzrelevante Ereignisse	41
a) Transaktionen im Einzelabschluss der Konzerngesellschaften	41
b) Gegenstand der Transaktionen und Vollständigkeitsgebot	42
2. Richtschnur der bilanzrechtlichen Analyse: Die Aufgaben des Jahresabschlusses	43
a) Einblicksgebot, Bestandteile und Zwecke des Jahresabschlusses	43
b) Informationsfunktion und Rechenschaftslegung	44
c) Ermittlung des Periodenerfolgs	46
d) Dokumentations- und Selbstinformationsfunktion	47
3. Konzerninterne Transaktionen als bilanzpolitische Maßnahmen	48
IV. Auswirkungen von konzerninternen Transaktionen auf den Jahresabschluss und auf die betroffenen Interessen	50
1. Allgemeines	50
2. Ausgangslage	51
3. Auswirkungen auf den Jahresabschluss der erwerbenden Gesellschaft	53
a) Informationsverfälschung bei unangemessen hohen Verrechnungspreisen: Stille Lasten	53

b)	Ergebnisverfälschung bei unangemessen hohen Verrechnungspreisen: Scheingewinne	54
c)	Informationsverfälschung bei unangemessen niedrigen Verrechnungspreisen: Stille Reserven	54
d)	Ergebnisverfälschung bei unangemessen niedrigen Verrechnungspreisen	55
4.	Auswirkungen auf den Jahresabschluss der veräußernden Gesellschaft	56
5.	Auswirkungen von angemessenen Transaktionen	57
V.	Gang der weiteren Untersuchung: Zur angemessenheitsorientierten Bilanzierung	58
1.	Konzerninterne Transaktionen als Problem der Rechnungslegung	58
2.	Dualismus der bilanzrechtlichen Behandlung von konzerninternen Transaktionen	59
B.	Das bilanzrechtliche System der Offenlegung von konzerninternen Transaktionen	61
I.	Grundlagen der Offenlegungspflichten	61
1.	Anwendungsbereich	61
2.	Offenlegung von Beteiligungen	62
3.	Gesonderter Ausweis von Geschäften in der Bilanz und GuV	63
a)	Rechtliche Grundlagen	63
b)	Die ergänzenden Regelungen für die GmbH und für bestimmte Personenhandelsgesellschaften – Konkurrenzfragen	64
4.	Angaben im Anhang	65
a)	Rechtliche Grundlage	65
b)	Das Internationale Pendant: IAS 24	66
i.	Hintergrund und Tatbestand	66
ii.	Rechtliche Verbindlichkeit der IFRS	67
5.	Besondere Pflichten bei kapitalmarktorientierten Kapitalgesellschaften	69
II.	Teleologie der Offenlegungspflichten	70
1.	Gemeinsame Zielsetzung	70
2.	Transparenz der Unternehmensverflechtungen	71
a)	Reine Offenlegungspflichten	72
b)	Mögliche Auswirkungen auf das Unternehmensvermögen	72
c)	Insbesondere die Auswirkungen auf die Finanzlage des Unternehmens	73
3.	Corporate Governance	74
a)	Konzerninterne Transaktionen und Corporate Governance	74

b)	Präventive Wirkung gegen Fehlverhalten der Geschäftsführer	75
i.	Vorgeschichte: Bilanzskandale und Vertrauensverlust	75
ii.	Präventive Wirkung	76
c)	Engagement der Gesellschafter	78
i.	Shareholder Apathy	78
ii.	Gesellschaftsrechtliche Mechanismen	78
iii.	Hilfsfunktion der Transparenz	79
d)	Betonung der Rechenschaftslegungsfunktion	79
i.	Allgemeines: Kontrollorientierte Informationen im Jahresabschluss	79
ii.	Offenlegung von Geschäften mit Nahestehenden als kontrollorientierte Information	80
4.	Ordnungspolitische Ziele	81
a)	Erhöhung der Transparenz bei nicht börsennotierten Unternehmen und Annäherung an die IFRS	81
i.	Regelung für nicht börsennotierte Unternehmen	81
ii.	Annäherung an die IAS/IFRS	83
iii.	Gründe der Annäherung	84
iv.	Sektion 33 IFRS für KMU	85
b)	Offenlegungspflichten versus materielles Recht	87
i.	Das Informationsmodell	87
ii.	Der Weg zur materiell-rechtlichen Harmonisierung	88
5.	Fazit	90
III.	Inhalt der Angaben	91
1.	Gesonderter Ausweis von Transaktionen mit verbundenen Unternehmen im Handelsabschluss	91
a)	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	91
b)	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	92
c)	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	93
d)	Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen	93
e)	Gesonderter Ausweis für verbundene Unternehmen in der GuV	94
2.	Geschäfte mit Nahestehenden im Anhang nach HGB	94
a)	Informationsdefizite der Ausweisvorschriften	94
b)	Berichtspflichtige Geschäfte	95
i.	Allgemeines	95
ii.	Rechtsgeschäfte	96
iii.	Maßnahmen	96
iv.	Unterlassene Geschäfte, Verfügungsgeschäfte	97
c)	Die einzelnen Angaben	98
i.	Angaben zur Art der Beziehung	98
ii.	Angaben zum Wert der Geschäfte	99

iii.	Weitere für die Beurteilung der Finanzlage notwendige Angaben	99
d)	Aggregationsmöglichkeiten	100
e)	Ausnahme bei hoher Konzernintegration	101
f)	Sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte	102
IV.	Modalitäten der Offenlegung	103
1.	Befreiungen	103
2.	Größenabhängige Erleichterungen	106
a)	Gesonderter Ausweis in der Bilanz und GuV	106
b)	Angaben im Anhang	108
3.	Publizität	109
a)	Offenlegung des Jahresabschlusses	109
b)	Besonderheiten des Anhangs	110
c)	Offenlegungspflichtige	110
C.	Zur Marktunüblichkeit in den Anhangangaben	112
I.	Pflicht zum Hinweisen auf die Marktunüblichkeit nach § 285 Nr. 21 HGB	112
1.	Rechtslage im HGB und IFRS	112
a)	Unangemessenheit im HGB	112
i.	Das Wahlrecht	112
ii.	Zusätzliche Angaben zum Unangemessenheitsgrad?	113
b)	Unangemessenheit im IAS 24	114
i.	Nachweis und kein Wahlrecht	114
ii.	Zusätzliche Angaben zur Unangemessenheit?	115
2.	Europarechtskonformität	116
a)	Umsetzung des europäischen Rechts	116
b)	Das britische Beispiel	117
c)	Vereinbarkeit des § 285 Nr. 21 HGB mit der 4. Richtlinie	120
d)	Vereinbarkeit des § 285 Nr. 21 HGB mit der Bilanzrichtlinie	122
3.	Aussagekraft der Angaben nach HGB und IFRS im Hinblick auf die Angemessenheit	122
4.	Fazit	124
II.	Begriffskonkretisierung	125
1.	Bedeutung des Marktunüblichkeitsbegriffs für § 285 Nr. 21 HGB	125
2.	Drittvergleich als Weg zur Marktunüblichkeit	125
3.	Mögliche Wege zur Begriffskonkretisierung: Eine Bestandsaufnahme	126
a)	Allgemeines	126
b)	Die internationalen Fremdvergleichsmaßstäbe des Steuer- und Bilanzrechts	127

c)	Fremdvergleich im deutschen Recht	129
4.	Abgrenzung des bilanzrechtlichen vom steuerrechtlichen Angemessenheitsmaßstab	130
a)	Unterscheidungsmerkmale	130
b)	Würdigung im Rahmen des § 285 Nr. 21 HGB	134
5.	Der „tatsächliche Vorsprung“ des steuerrechtlichen Drittvergleichs in der Literatur	135
a)	Staatliche und überstaatliche Regulierung	135
b)	Öffentlich-rechtliche Pflichten: Verrechnungspreisdokumentation	136
6.	Zwecke des § 285 Nr. 21 HGB	137
a)	Allgemeines	137
b)	§ 285 Nr. 21 HGB zwischen (Steuer-)Transparenz und Corporate Governance	137
c)	Internationale Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse und Marktunüblichkeit	142
7.	Zu den Merkmalen der Marktunüblichkeit des § 285 Nr. 21 HGB	142
a)	Ein Angemessenheitsmaßstab mit internationalem Vorbild	142
b)	Durchführung des Fremdvergleichs	145
8.	Bemerkungen de lege ferenda	151
9.	Fazit	154
D.	Transparenz durch korrigierende Bilanzierung	156
I.	Problemstellung	156
II.	Grundlagen der Bewertung von Vermögensgegenständen	157
1.	Grundsätze der Zugangsbewertung	157
a)	Ausgangswert der Zugangsbewertung	157
b)	Die der Zugangsbewertung zugrunde liegenden Prinzipien	158
c)	Anschaffungskosten als Wertober- und Wertuntergrenze	159
2.	Das Niederstwertprinzip der Folgebewertung	160
III.	Ansätze zur bilanziellen Korrektur in der Literatur	162
1.	Einleitung	162
2.	Korrektur bei unangemessen überhöhten Verrechnungspreisen	163
a)	Qualifikation des Rechtsgeschäfts	163
b)	Bilanzielle Behandlung des Wertunterschieds	164
i.	Begünstigung des Gesellschafters	164
ii.	Begünstigung der Gesellschaft	165
3.	Korrektur bei unangemessen niedrigen Verrechnungspreisen	166
a)	Qualifikation des Rechtsgeschäfts	166
b)	Bilanzielle Behandlung des Wertunterschieds	167
i.	Begünstigung des Gesellschafters	167
ii.	Begünstigung der Gesellschaft	168

IV.	Bilanzielle Anforderungen des deutschen Konzernrechts	168
1.	Besondere Bilanzierungsanforderungen im Konzern	169
a)	Allgemeines	169
b)	Grundsatz der Neutralisierung	170
c)	Der Zeitpunkt der Neutralisierung	171
d)	Neutralisierung und Art des Vorteils	172
e)	Neutralisierung bei aufgeschobenen bilanziellen Auswirkungen	173
f)	Ausweis des Nachteilsausgleichs	174
2.	Die Rolle des Abhängigkeitsberichts	175
a)	Darstellung des gesetzlichen Regelungssystems	175
b)	Die Bedeutung des Abhängigkeitsberichts für die Rechnungslegung	176
3.	Konzernrechtliche Bilanzierungsanforderungen und korrigierende Bilanzierung	177
4.	Fazit	180
V.	Zulässigkeit und Grundlagen der bilanziellen Korrektur	180
1.	Der spezielle Fall des Erwerbs eines Vermögensgegenstandes zu unangemessen hohen Preisen	181
a)	Gesetzwidriges Unterbleiben der Abschreibung	182
b)	Das Problem eines Wertzuwachses	183
c)	Auswirkungen der Überbepreisung auf planmäßige Abschreibungen	185
2.	§ 285 Nr. 21 HGB als spezielle Regelung	186
a)	Allgemeines	186
b)	Systembedingte Grenzen des Jahresabschlusses und § 285 Nr. 21 HGB	186
c)	§ 285 Nr. 21 HGB als keine abschließende Regelung	187
3.	Argumente aus dem Konzernabschluss	188
a)	Kompensationsfunktion des Jahresabschlusses	188
b)	Argument aus § 304 Abs. 2 HGB a. F.	190
c)	Informationsdefizit im Jahresabschluss	191
4.	Der Grund der bilanziellen Korrektur	192
a)	Das gesellschaftsrechtliche Trennungsprinzip	192
b)	Einblicksgebot und Trennungsprinzip	193
5.	Nationale und europäische Vorgaben	194
a)	Fiktive Anschaffungskosten im HGB und unangemessene Transaktionen	194
b)	Vorsichts- und Realisationsprinzip	196
c)	Rechtliche Grundlage für die Abweichungen vom Vorsichts- und Realisationsprinzip	197
d)	Die Begründung einer Abweichung	199
e)	GMLE-Entscheidung des EuGH	202
6.	Der Maßstab zur Bestimmung der (Un)angemessenheit bei der korrigierenden Bilanzierung	203

7. Fazit	206
VI. Verhältnis zwischen bilanzieller Korrektur und zusätzlichen Angaben im Anhang	208
1. Allgemeines	208
2. Einheitsgrundsatz und Funktionen des Anhangs	208
3. Rangverhältnis zwischen Abweichung und zusätzlichen Angaben	210
a) Allgemeines	210
b) Argumente für den Vorrang der zusätzlichen Angaben	211
c) Argumente für den Vorrang der Abweichung	212
d) Eine Umkehr der Betrachtungsweise	213
4. Prüfungsschritte	213
a) Maßgeblichkeit des Gesamtbildes	213
b) Zutreffende Erfolgsermittlung	214
c) Gesetzmäßigkeit	214
d) Sonstige Maßstäbe	216
5. Fazit	217
VII. Bilanzrechtliche Würdigung der Korrekturmaßnahmen	218
1. Eine handelsbilanzrechtliche Betrachtungsweise	219
2. Die Lösung des Kapitalzuschusses	221
a) Tatbestand des Kapitalzuschusses	221
i. Rechtliche Grundlage	221
ii. Jeder Gesellschafterzuschuss ist Kapitalzuwendung?	223
iii. Abgrenzung von den steuerrechtlichen Wertungen	226
iv. Relativierung des subjektiven Elements	227
b) Bilanzielle Korrektur und Gläubigerschutz	228
i. Zuwendung von Geldbeträgen	228
ii. Zuwendung eines Vermögensgegenstands	229
c) Korrektur verdeckter Vermögensverlagerungen und EuGH-Rechtsprechung	230
3. Die Lösung des Ausweises als Gewinnverwendung	231
a) Gesellschafts- und konzernrechtliche Vorgaben	231
b) Gesellschaftsrechtliche Kompetenzverteilung	233
c) Bilanzielle Korrektur	234
4. Bilanzierungsmöglichkeiten beim Gesellschafter	235
a) Begünstigung der Gesellschaft	235
b) Begünstigung des Gesellschafters	237
5. Transparenz bei erfolgswirksamer Bilanzierung	238
a) Besonderer Ausweis	238
b) Konzerninterne Leistungen als außerordentliche Erträge und Aufwendungen	239
6. Fazit	241

E.	Ausblick: Anwendung und Durchsetzung der Ansätze zur bilanziellen Korrektur	245
I.	Anwendung	245
1.	Überbepreiste konzerninterne Transaktionen	247
2.	Unterbepreiste konzerninterne Transaktionen	247
II.	Durchsetzung	249
	Zusammenfassung der Ergebnisse	253
	Literaturverzeichnis	261